Hohenstein-Ernstthaler Tageblatt

Amtsblatt

für

Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.

Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Anzeiger

für

Hohenstein-Ernstthal mit Gründgrund, Oberlungwitz, Gersdorf, Hermsdorf, Kästorf, Langenberg, Wüstenbrand, Falken, Reichenbach, Langenchursdorf, Bernsdorf, Bernbach, Lichtheim, Rußdorf, St. Egidien, Wüstenbrand, Grüna, Mo[illegible] Ursprung, Rußberg, Erlbach, Pleißa und Rußdorf.

Erscheint jeden Werktag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis frei ins Haus vierteljährlich 315 Mk., monatlich 105 Pfg. Durch die Post bei Abholung auf dem Postamte vierteljährlich 315 Mk., monatlich 105 Pfg., frei ins Haus vierteljährlich 3,57 Mk., monatlich 1,19 Pfg. Für die Rückgabe unverlangt eingesandter Schriftstücke wird keine Verbindlichkeit übernommen. Geschäftsstelle: Schulstraße Nr. 3. Briefe und Telegramme an das Tageblatt Hohenstein-Ernstthal.

Fernsprecher Nr. 11.

Der Anzeigenpreis beträgt in den abgegrenzten Zeilen für die sechsgespaltene Anzeigenzeile 25 Pfg., auswärts 35 Pfg., im Reklameteil 75 Pfg. Bei zweimaligem Abdruck entsprechender Nachlaß. Anzeigenaufgabe durch Fernsprecher schließt jeden Beschwerderecht aus. Für zwangsweiser Eintreibung der Anzeigengebühren durch Klage oder im Konkursfalle gelten als Zahlung nur der Betrag der bei sofortiger Begleichung bewilligten Preise in Kraft.

Nr. 72 — Bank-Konto: Stadtrat Hohenstein-Ernstthal, Stadtbank, Chemnitz. — Freitag, 28. März 1919. — Postscheck-Konto: Amt Leipzig 14 564. — 69. Jahrg.

Die Nationalversammlung.

Neunundzwanzigste Sitzung.

Weimar, 26. März.

Scheidemann vertraut auf das „Gewissen der Menschheit.“

Das Haus ist stark besetzt, die Ränge sind überfüllt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt Ministerpräsident Scheidemann: Täglich mehren sich die Meldungen aus dem Ausland, in welchen uns neue Erschwerungen in den zu erwartenden Friedensbedingungen angekündigt werden zu dem Zweck, uns nach und nach durch ihre Wiederholung an diese unerhörten Forderungen zu gewöhnen, damit uns die endgültigen Bedingungen fast erträglich erscheinen. Durch ganz Deutschland geht ein Aufschrei aus tiefster Verzweiflung. Die Reichsregierung weiß, daß diese Treue das wertvollste Gut ist, das ihr zur Verwaltung anvertraut wurde. Selbst wenn Deutschland aller Verbrechen, deren man es bezichtigt, wirklich schuldig wäre, hat es darum das heilige Recht verloren, gegen Vergewaltigungen und Fesseln zu protestieren, welche ihm die Gurgel zudrücken würden? Was von uns jemals nach Ihrer (zu den Unabhängigen gewandt) Meinung an Vergewaltigungen beabsichtigt wurde, reicht auch nicht annähernd an das heran, was unsere Gegner uns gegenüber schon ausgeführt haben und noch ausführen wollen. Aber nicht nur die äußerste Linke schwächt unsere Stellung vor dem bittersten Ende. Am letzten Sonntag fanden in Berlin Versammlungen gegen die Abtrennung Westpreußens, Danzigs und des Saargebietes statt. Es war für einen Teil des Publikums dieser Versammlungen schon bezeichnend, daß er die Ausführungen Erzbergers und Bernsteins mit lärmenden Kundgebungen unterbrach. Welche Kräfte hier am Werke politischer Sabotage waren, zeigt so recht der sogenannte Nationalbund deutscher Offiziere. Diese Herren brachten es fertig, Heil Dir im Siegerkranz zu singen und durch das Ausbringen von Kaiserhochs eine gemeinsame Sache des ganzen Volkes zu mißbrauchen. Das, was die Herren getrieben haben, ist zwar nicht gewollter, aber in seinen Wirkungen war es Landesverrat. Wir protestieren mit aller Entschiedenheit gegen die Vorkommnisse. Die Anwesenheit des Generals Ludendorff bei diesen Vorgängen soll nicht leichten Herzens beurteilt werden. Ludendorff hat bei seiner Rückkehr aus Schweden das Urteil eines Staatsgerichtshofes verlangt. Er soll es haben. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit des Hauses.) Im Namen der Reichsregierung habe ich zu erklären, daß wir schnellstens einen Gesetzentwurf zur Errichtung eines Staatsgerichtshofes im Hause einbringen werden.

Das Haus beschließt, bei der morgigen Beratung des Notetats Betrachtungen allgemeinpolitischer Art über die Rede Scheidemanns zuzulassen. Es folgt die Fortsetzung der Besprechung der Interpellationen

über Mittelstand und Kleingewerbe.

Abg. Hermann (D. N.): Die Antwort des Wirtschaftsministers Wissell hat uns nicht befriedigt. Jetzt ist es nicht die Zeit, die Kleinbetriebe durch Großbetriebe zu erdrosseln nur um der Theorie willen. Der Mittelstand wird auch im neuen Deutschland als kultureller Faktor und als Faktor des sozialen Ausgleiches eines der festesten Fundamente des Staates bleiben. Wir fordern Unterstützung des Mittelstandes nicht nur von der Regierung, sondern auch von den wohlhabenden Schichten die am besten dazu imstande sind.

Abg. Dr. Hugo (D. V.): Meine politischen Freunde sind von den Erklärungen des Reichswirtschaftsministers nicht befriedigt. Mit dem Ausbau der staatlichen Zwangsorganisation muß schleuniger und ernsthafter begonnen werden. Wir lehnen es auf das entschiedenste ab, daß Staat und Gemeinde den kleinen Gewerbetreibenden etwa durch Kommunalisierung der Bäckereien und Fleischereien, des Baugewerbes usw. Konkurrenz machen. Die weitverbreitete Arbeitsunlust geht zu einem großen Teil zurück auf die unzweckmäßige Ausgestaltung der Arbeitslosenfürsorge. Die Sozialisierung hemmt die Emporentwicklung der deutschen Wirtschaft.

Abg. Wurm (Unabh.): Der Untergang des Mittelstandes ist eine durch keine wohlwollende und nicht einmal durch reaktionäre Maßregeln aufzuhaltende Tatsache. Helfen kann dem Mittelstand nur die Sozialisierung und Kommunalisierung, bei der alle Angestellten reichlich ihr Brot finden können.

Abg. Eisenberger (bayr. Bauernbund): Die Sozialisierung ist berechtigt beim Großbetrieb. Den Mittelstand und das Kleingewerbe kann man unmöglich sozialisieren. Ich hoffe, daß auch im neuen Deutschland der Mittelstand erhalten bleiben kann.

Abg. Biener (Dn. V.): Unsere Befürchtungen leiden bestehen. Wir verlangen die Einrichtung eines besonderen Referats für Handwerk und Gewerbe beim Reichswirtschaftsamt.

Damit schließt die Besprechung. Eine Reihe von Wahlprüfungen wird nach den Anträgen des Ausschusses erledigt. Die Vorlage auf Hinzutritt Wüttembergs zur Biersteuergemeinschaft wird in allen drei Lesungen verabschiedet, ebenso die Vorlage über die Besteuerung der Reichsbank für 1918.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr: Notetat. — Schluß 6 Uhr.

Sächsische Volkskammer.

Sechszehnte Sitzung.

Dresden, den 26 März.

Beginn der Sitzung 1.10 Uhr.

Am Regierungstisch: Minister Schwarz, Harnisch und Uhlig.

Tagesordnung: Fortsetzung der

Aussprache über die Regierungserklärung.

Nach Verlesung der Registrande ergreift das Wort Wirtschaftsminister Schwarz. Er kommt auf die Ausführungen der Vorredner von gestern betreffs der Ernährungsfrage zurück und betont, daß die sächsische Regierung nicht gewillt sei, ziel- und planlos auf dem Gebiete der Sozialisierung auftauchenden Plänen nachzugeben. Experimente würden nicht gemacht, aber die sächsische Regierung wird die Reichsleitung veranlassen, in der Sozialisierungsfrage mit möglichster Beschleunigung und Klarheit vorzugehen. Er verbreitet sich hierauf über die verschiedenen und abweichenden Meinungen in dieser Frage. Im Laufe der nächsten Zeit werde voraussichtlich ein Gesetzentwurf über die Schaffung eines Wirtschafts- oder Sozialisierungsamtes vorgelegt werden. Die Aufgabe dieses Amtes werde es sein, unser gesamtes wirtschaftliches Leben von Grund auf zu erforschen, damit planlose Experimente von vornherein vermieden werden. Nur dann solle sozialisiert werden, wenn das gesamte Volk einen Nutzen davon hat, aber Bedingung müßte sein, daß alle Kreise Deutschlands sich an der Sozialisierung beteiligen. Das Sozialisierungsamt müßte sich zusammensetzen aus Vertretern der Kaufmannschaft, Industrie und aus Fachleuten. Der Minister spricht sich dann gegen die Selbständigkeit der Handwerker aus, aber er empfiehlt dem Handwerkerstand, sich zusammenzuschließen und zu organisieren, in welchem Falle er auf die Hilfe der Regierung rechnen könnte. In seiner weiteren Rede kommt der Minister auf unsere Beziehungen zu den Gegnern zu sprechen, die wir im Interesse unserer Volksernährung bestrebt sein müßten, soweit als möglich zu verbessern, denn wir wären auf die Hilfe der Entente angewiesen. Für die Durchführung der Sozialisierung kämen die Neurathschen Ideen nicht in Betracht, der Endzweck der Sozialisierung dürfe nur das Wohl des gesamten Volkes sein.

Darauf erhebt sich

Justizminister Harnisch und macht längere Ausführungen über die Entlassung der Strafgefangenen und des Strafvollzugs vom juristischen Standpunkte aus. Der Strafvollzug soll der Justiz wie bisher unterstellt bleiben. Der Dualismus zwischen Ministerium des Innern und Ministerium der Justiz, der wenig begrüßenswerte Erscheinungen gezeigt hatte, sei im Interesse der Rechtspflege zu verwerfen. In allernächster Zeit würde eine Verordnung erscheinen, die dem Verurteilten mehr Gerechtigkeit widerfahren lassen und der persönlichen Eigenart des Schuldigen mehr Rechnung trägt. Seine weiteren Ausführungen gehen dahin, daß eine Vereinheitlichung der Verwaltung und des Strafvollzuges angestrebt und der Geist der humanen Strafrechtspflege eingeführt werden müsse.

Darauf erhält das Wort

Abg. Winkler (Soz.), der für die künftigen Rechte der Arbeiter und Beamten, besonders der Forstbeamten, eintritt und sich dahin ausspricht, daß die Aufgaben der Gegenwart richtig gelöst werden müßten, um für die Zukunft Sachsens das höchst Nutzbare zu schaffen. Der Großgrundbesitz solle der Volksernährung nutzbar gemacht werden. Die Kohle würde hoffentlich bald sozialisiert werden. Er läßt sich dann noch über die Elektrisierung der Eisenbahnen aus. Auf die Rede des Justizministers zurückgreifend, meint er, daß es ihm wegen des Strafvollzugs hauptsächlich darauf ankomme, daß den Strafgefangenen das spätere Leben nicht unmöglich gemacht, sondern eingehende Fürsorge-Einrichtungen getroffen werden.

Abg. Ryssel (Unabh.) bezeichnet als notwendigste Aufgabe die Umwandlung des Wirtschaftslebens. Nach seiner Auffassung könne nicht die freie, sondern nur die gebundene Wirtschaftsweise, die planmäßige Sozialisierung unserem Volke zum Vorteile gereichen. Dem Regierungsprogramm macht er den Vorwurf der Oberflächlichkeit. Durch die Revolution habe die Arbeiterschaft nur die politische Freiheit, nicht aber die politische Macht erreicht, ohne die es niemals zur Ruhe kommen würde. Der Kampf werde daher auch weitergehen, entweder über oder ohne das Parlament. Nachdem er die Trennung von Staat und Kirche und die Weltlichkeit der Schule gefordert hat, nimmt er in längerer Rede Stellung zu den gestrigen Ausführungen des Abg. Lehnig.

Präsident Fräßdorf teilt mit, daß der Volkskammer morgen folgender Beschluß zur Zustimmung ohne Debatte vorgelegt werden wird:

„Die Volkskammer erhebt einmütig das Verlangen nach einem Frieden auf Grundlage des Rechts und der Gerechtigkeit im Sinne der Wilsonschen 14 Punkte. Sie legt entschieden Verwahrung ein gegen die Abtrennung von Teilen West- und Ostpreußens oder des Saarbeckens und gegen die Abgabe einer Kriegsentschädigung, die geeignet wäre, den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens unmöglich zu machen. Die Reichsleitung wird aufgefordert, jeden Gewaltfrieden auf das Entschiedenste zurückzuweisen. Weiter fordert die Sächsische Volkskammer die sofortige Freigabe unserer Kriegs- und Zivilgefangenen, die Aufhebung der Hungerblokkade und die Räumung der besetzten Gebiete.“

Abg. Dr. Wagner (D. N.) tritt den Ausführungen des Abg. Ryssel entgegen. Außerdem wendet er sich gegen den Minister Schwarz, dessen Rede zuviel Nachgiebigkeit gegenüber den Feinden enthalten hätte. Den gewerblichen Mittelstand und seine Selbständigkeit nimmt er in Schutz. In scharfer Weise verurteilt der Redner den Kommunismus. Ohne Religion und Sittlichkeit und Recht und ohne ein gesundes Schulwesen könnten wir nicht weiter vorwärts kommen.

Abg. Günther-Plauen (Dem.) führt aus: Die deutsche demokratische Partei stimme mit der Regierung darin überein, daß ein dem deutschen Volke aufgedrängter Friede abgelehnt werden müsse. Sie halten an der Reichseinheit fest. Die Volkswirtschaft müsse wieder lebensfähig aufgebaut werden. Arbeiter- und Soldatenräte seien mit der demokratischen Idee nicht vereinbar. Er macht dann noch längere Ausführungen, in denen er den Standpunkt seiner Parteifreunde zur Sozialisierungsfrage klarlegt. Sie wären keine grundsätzlichen Gegner der Sozialisierung, aber es müßten dafür Formen gefunden werden, die nur zum Wohle des ganzen Volkes dienten.

Abg. Fellisch (Soz.) tritt den gestrigen Behauptungen des Abg. Nitzschke entgegen, indem er ausführt, daß nicht die Arbeiterklasse für das gegenwärtige Elend verantwortlich gemacht werden könne. Die jetzigen elenden Verhältnisse seien nicht aus der Revolution geboren, sondern die Revolution aus dem namenlosen Elend und Leid, welches die kapitalistische Gesellschaft über unser Volk gebracht habe. Weiter wirft er der Unabhängigen Sozialdemokratie, nachdem er die Errichtung seines Sozialisierungsamtes begrüßt hat, inbezug auf die Sozialisierungsfragen vor, daß sie vor der Masse das laute Wort führe, während seine Partei auf die ruhige Tat bedacht sei. Er lehnt nicht die Arbeiterräte, aber ein Räteparlament entschieden ab.

Nächste Sitzung Donnerstag, den 27. März nachm. 1 Uhr. mit folgender Tagesordnung: Schulangelegenheiten.

Aus Ungarn

liegen heute wesentliche neue Nachrichten nicht vor. Die durch den Funkspruch Tschitscherins herabgedrückten Hoffnungen auf Hilfe durch die russischen Bolschewisten suchen die Kommunisten in Ofenpest heute dadurch zu heben, daß sie einen langen Funkspruch über bolschewistische Propaganda in Galizien verbreiten, wo in den Petroleumbezirken die Kommunisten geputscht und die Leitung an sich gerissen hätten. Wieviel an den Meldungen Wahres ist, entzieht sich der Beurteilung. In eingeweihten Wiener Kreisen nimmt man an, daß die Meldungen, wenn nicht ganz erfunden, so doch stark übertrieben sind.

Bestürzung auf der Pariser Konferenz.

Die Ereignisse in Ungarn haben nicht nur die französische Presse und die Oeffentlichkeit vollkommen überrascht, sondern, wie „Action Francaise“ berichtet, auf die Friedenskonferenz selbst geradezu wie eine Bombe gewirkt. „Temps“ befürwortet die Lösung der politischen und territorialen Fragen und verlangt als Pfänder für die Forderung der Alliierten entsprechende militärische Besetzung des deutschen Gebietes. „Matin“ treibt selbst die Pariser Konferenz zur Eile an. Schrecklich wäre es, wenn nun nach einigen Wochen des Siegesrausches den Alliierten Ost- und Mitteleuropa mit dem rachsüchtigen Deutschland an der Spitze gegenüberständen. Der sozialistische „Populaire“ hält es für einen schweren Fehler, wenn man glaube, daß die ungarische Revolution ein Manöver Deutschlands sei. Die Ungarn seien zum Aeußersten getrieben worden.

Die alliierte Militärmission berichtigt.

Die der ungarischen Regierung zugeteilte Militärmission der Alliierten hat an den revolutionären Rat folgendes Schreiben gerichtet: Budapest, den 23. März. Der Präsident der Republik sagt in seiner an das ungarische Volk gerichteten Proklamation folgendes: Die Mission der Entente hat erklärt, daß die Demarkationslinie hinfort als politische Grenze betrachtet wird — Ich muß formell erklären, daß dies eine irrige Auslegung der gebrauchten Ausdrücke ist. Als der Präsident der Republik die im Waffenstillstand festgestellte Grenze zur Sprache brachte, erhielt er die Antwort, daß nicht mehr von der in dem erwähnten Vertrag festgesetzten Demarkationslinie die Rede sei, sondern von einer neuen Entscheidung der Entente, welche den Zweck verfolgt, die ungarischen Truppen durch eine strengbegrenzte neutrale Zone von den rumänischen zu trennen und auf diese Weise jede Möglichkeit eines Zusammenstoßes auszuschalten. Daß es sich hier um eine politische Grenze handeln würde, wurde garnicht erwähnt. Mit der Absicht der Gerechtigkeit und Friedfertigkeit ersuche ich im Namen des kommandierenden Generals der alliierten Truppen die gegenwärtige Regierung, dieser Mitteilung ohne Verzug die größte Publizität zu verleihen. Gez. Oberstleutnant Vix. Gesehen Oberstleutnant Baker, Major Peutimaili, Hauptmann Pommerol.